



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 120. Ratssitzung vom 11. Dezember 2024

4074. 2024/421

Weisung vom 11.09.2024:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2025 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2025

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2025 werden genehmigt.
b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2025 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 40 668 000.– für das städtische Lohnsystem (SLS) einschliesslich Spontanprämien und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2025 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2025 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2025, Vorlage des Stadtrats vom 11.09.2024
- Novemberbrief vom 06.11.2024
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 02.12.2024
- Anträge der RPK vom 02.12.2024, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referat zur Vorstellung der Weisung: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4067/2024–4073/2024)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.



2 / 21

Wortmeldungen zum Eintreten siehe GR Nr. 2024/418, Beschluss-Nr. 4066/2024

Eintreten ist unbestritten

Kommissionsmehrheit/-minderheit Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b:

Sven Sobernheim (GLP): *Eine Mehrheit sieht das Budget so, wie es zu erwarten ist, und stellt in Aussicht zuzustimmen – was das vor der Detailberatung immer etwas absurd klingt.*

Johann Widmer (SVP): *Seit Grün-Links in der Regierungsverantwortung ist, explodieren die Budgets. Es sind jedes Jahr 100–200 Millionen Franken mehr. Selbstverständlich ist das dem geschuldet, dass viel investiert wird. Dagegen haben wir nichts. Meist ist das aber zu teuer und nicht im Einklang mit einer vernünftigen Finanzpolitik. In den letzten zwei bis drei Jahren sprangen die Budgets mit bis zu 800 Millionen Franken zusätzlich pro Jahr sprunghaft in die Höhe. Für uns ist das eine entfesselte Ausgabenpolitik, die wir nicht mittragen können. Das Budget ist eine üble Geschichte. Dahinter verstecken sich Ausgaben für alle mögliche Klientel, die ihr finanzieren wollt. Es geht nicht um das Wohl der gesamten Bevölkerung oder die Schaffung von Wohlstand für alle. Ihr verspricht günstigen Wohnraum, aber sagt nie, worum es geht. Das ist auch bei diesem Budget der Fall, in dem ihr für viele Millionen Franken Rücklagen für bezahlbaren Wohnraum einstellt. Das geht nicht, denn das bezahlen alle Steuerzahler zusammen für wenige Nutzniesser. Auch gibt es immer wieder spezielle Dinge wie «E-Cargo» oder Klimaschutzmassnahmen, bei denen nicht klar ist, was hinter dem Begriff versteckt ist. Ich warte beispielsweise bis heute auf eine Liste, was mit den 130 Millionen Franken geschieht, die vom Volk bewilligt wurden. Das Budget bildet ein verantwortungsloses Treiben ab, weshalb wir es ablehnen. Zu gewissen Schlüsselanträgen werden wir Stellung nehmen. Alle sonstigen Verschlechterungen werden wir ablehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

Përparim Avdili (FDP): *In der Kommission enthielt sich die FDP wie jedes Jahr bei dieser Abstimmung. Es ist nicht unser Budget, wir würden es anders gestalten. Wir haben nicht den Anspruch, das Budget im Grundsatz zu korrigieren. Es müsste zurückgewiesen und von Grund auf besser gemacht werden. Nichtsdestotrotz arbeiten wir konstruktiv mit und zeigen mit konkreten Anträgen, wo man zentrale Punkte verbessern kann. Damit soll das Budget einen Mehrwert für die Einwohnerinnen und Einwohner und eine Entlastung für Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erreichen. Bei der Schlussabstimmung werden wir abhängig von Ihrem Stimmverhalten zustimmen oder ablehnen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Es ist surreal, was wir hier hören müssen. In der Fraktionserklärung der Grünen heisst es, Zürich sei mit angezogener Handbremse im Klima- und Wohnbereich unterwegs. In den nächsten Jahren wollen sie Kosten in der Höhe von*



12 Milliarden Franken verursachen. Sie behaupten, dass das Klima mit den 12 Milliarden Franken gerettet oder zumindest beeinflusst werden könne. Machen wir einen Realitätscheck. Die ganze Schweiz ist für 0,2 Prozent des menschengemachten CO₂ verantwortlich. In der Stadt können Sie das auf den Faktor 100 rechnen. Dann sind wir bei 0,002 Prozent, für die Zürich verantwortlich ist. Vor ein paar Tagen sagte der Stadtrat, dass 85 Prozent der Emissionen indirekt seien. Somit kann man auf sie keinen Einfluss nehmen. Wenn man also die 15 Prozent rechnet, bei denen wir Einfluss nehmen können, sind wir bei 0,0003 Prozent des menschengemachten CO₂-Ausstosses. Sie behaupten, dass sie mit diesen 0,0003 Prozent das Klima retten oder zumindest beeinflussen wollen. Das Einzige, was Sie damit erreichen, ist Chaos und Leid. Ich verweise auf eine Studie des Mieterverbands, der von einem AL-Politiker geführt wird. Sie hält fest, dass durch Ihre Klima- und Energiepolitik 40 000 Menschen ihr Zuhause verlieren werden. Wir geben 12 Milliarden Franken aus, die wir nicht haben und 40 000 Leute müssen ihre Wohnung verlassen – bei einem Einfluss auf das Klima von 0,0003 Prozent. Das ist absurd und surreal. Mit den Sugus-Häusern machen Sie mediale Kampagnen und instrumentalisieren 200 Personen. Was ist mit den 40 000 Leuten, die wegen Ihrer Klima- und Energiepolitik in den nächsten Jahren ihr Zuhause verlieren werden? Ihre Politik ist viel schlimmer als die 200 Leute, die ihr Zuhause verlieren. Leerkündigungen werden uns in den nächsten Jahren beschäftigen. Ich kann garantieren, dass die SVP Ihnen alle Leerkündigungen aufgrund Ihrer Politik unter die Nase reiben wird. Ich rede viel mit den Leuten und sehe, dass sich selbst im links-alternativen Zürich langsam die Meinung durchsetzt, dass es so nicht weitergehen kann. Die Eskalation kommt erst noch: Wir stehen am Anfang einer Entwicklung, bei der in den nächsten Jahren nochmals 100 000 Leute in die Stadt einwandern sollen. Zürich steht auf wackeligen Beinen, nichts funktioniert.

Florian Utz (SP): Die Politik und die Finanzpolitik im Besonderen müssen sich immer fragen, was die Sorgen der Menschen sind. Hört man sich die Debatte der letzten Tage auch in der Bevölkerung an, ist klar, was das Thema war. Waren es die Leerkündigungen der Sugus-Häuser, dass es zu wenige bezahlbare Wohnungen gibt, der Steuerfuss oder dass die Stadt zu viel beim Klimaschutz macht? Was sind die Sorgen der Bevölkerung? Sie alle kennen die Antwort. Die Kündigungen in den Sugus-Häusern kommen nicht aus heiterem Himmel und sie sind nicht nur das Ergebnis der Aktion von Frau Bachmann. Selbstverständlich trägt Frau Bachmann die alleinige Verantwortung für das, was sie macht. Gleichzeitig ist es aber ein Problem, dass die gesetzlichen Vorgaben dieses Verhalten überhaupt ermöglichen. Wenn es die grosse Sorge der Leute ist, dass es viel zu wenige bezahlbare Wohnungen gibt und dass die Sugus-Häuser leer gekündigt werden, dann müssen wir uns als Politik fragen, was wir dagegen tun können. Auf übergeordneter Ebene beim Bund können wir dafür sorgen, dass das Mietrecht nicht noch weiter abgebaut wird, wie es die bürgerliche Seite fordert. Wir können dafür sorgen, dass im Kanton durch die Wohnschutzinitiative endlich ein vernünftiger Mieterschutz stattfinden wird. Wir haben leider das Problem, dass auf der übergeordneten Ebene kein effektiver Mieterschutz stattfindet. Wir haben das Problem, dass die bürgerliche Seite lauthals bedauert und kritisiert, wie Frau Bachmann vorgeht, sich aber gleich-



zeitig dafür einsetzt, dass das Verhalten weiterhin zulässig bleibt. Wir müssen uns fragen, was wir hier in der Stadt machen können: Die Schaffung von mehr städtischen Wohnungen und genossenschaftlichen Wohnungen. Denn wenn eine Wohnung der Stadt oder einer Genossenschaft gehört, dann gibt es keine Leerkündigungen. Darum müssen wir dafür sorgen, dass der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen steigt und nicht sinkt. Wenn Pärparim Avdili (FDP) uns dafür kritisiert, dass der Anteil in den letzten Jahren gesunken ist, dann ist es eine Frage der Ehrlichkeit, dass man nicht sagt, dass alles super sei. Zur Wahrheit gehört, dass der Stadtrat in allen anderen Bereichen hervorragende Arbeit mit sehr guten Ergebnissen leistet. Zürich hat die höchste Lebensqualität weltweit und ist eine sehr sichere Stadt mit einer hervorragend funktionierenden Verwaltung. Die Stadt macht beim Umweltschutz vorwärts und kam in den letzten Jahren auch beim Ausbau von sicheren Velorouten voran. Insgesamt haben wir in sehr vielen verschiedenen Bereichen sehr gute Ergebnisse. Gleichzeitig gehört es zur Realität, dass ein tiefer Anteil an bezahlbaren Wohnungen nicht ein Ergebnis ist, das keine Veränderungen verlangt. Auch der Stadtrat schreibt im Wohnbaubericht nicht, dass man wie bisher weitermachen soll. Ich bin froh, dass heute eine Mehrheit für einen Schritt in die richtige Richtung zustande kommt: Dem Stadtrat werden mehr Mittel zur Verfügung gestellt, um mehr Handlungsspielraum zu haben, damit er seinen Willen für mehr bezahlbare Wohnungen effektiv umsetzen kann. Ich hätte mir gewünscht, dass wir einen grösseren Schritt machen, denn nach unseren Berechnungen braucht es 750–800 Millionen Franken. Für die betroffenen Mieterinnen und Mieter ist aber jeder Schritt wichtig.

Pärparim Avdili (FDP): Ich kann die Krokodilstränen der linken Seite zu den Sugus-Häuschen nicht ernst nehmen, wenn man im gleichen politischen Zug auf dem Neugass-Areal im selben Quartier 250 gemeinnützige Wohnungen verhindert hat. Ihr habt das verhindert und spielt euch jetzt als die grossen Retter dieser 100 Personen auf, die ihre Wohnungen verlieren. Diese Leerkündigungen, die Art und Weise und die Kommunikation finden auch wir daneben. Das hätte besser gemacht werden können. Von der linken Seite kann ich das aber nicht ernst nehmen, wenn man genau weiss, wie viele Wohnungen verhindert wurden. Man könnte Dutzende Liegenschaften und Tausende Wohnungen aufzählen, die aktiv verhindert werden. Leerkündigungen gibt es auch bei Genossenschaften, ein Beispiel dafür ist die Baugenossenschaft Turicum. Es wurde gesagt, dass die Stadträte in allen Departementen insgesamt gute Arbeit geleistet hätten. Ich kann nicht bestätigen, dass das in allen Departementen der Fall ist, aber in einzelnen Departementen ist das sicher so. Ich bestätige, dass der Stadtrat in der Wohnbaupolitik offenbar versagt hat, weil er eure Rezepte verfolgt. Das bestätigt auch STR Daniel Leupi: Er betreibt eine Politik auf Bestellung des Parlaments mit rot-grüner Mehrheit. Die FDP will mehr kompromissfähige Politik, darum braucht es mehr FDP im Parlament.

Johann Widmer (SVP): Diese bezahlbaren Wohnungen sind Augenwischerei. Alle Steuerzahler finanzieren diese Wohnungen für ein paar wenige Parteifunktionäre auf links-grüner Seite. Das sind Fakten. Ich habe schon lange kein Vertrauen mehr in eure Politik. Ihr könnt ins ehemalige Ostdeutschland schauen, um zu wissen, was hier geschehen wird, wenn euch in Zürich alle Wohnungen gehören.



Florian Utz (SP): Das Votum von Pärparim Avdili (FDP) war schwierig und braucht einen klaren Widerspruch. Das Neugass-Areal war ein Volksentscheid. Ihr könnt das Volk kritisieren, konstruktiv ist das nicht. Viel entscheidender ist der Punkt zu den Sugus-Häusern. Es sind Häuser, nicht «Häuschen». Diese Formulierung finde ich nicht respektvoll gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern, die ihr Zuhause verlieren. Es sind auch nicht 100, sondern 250 Leute. Das Drittelsziel ist nach eurer Berechnung bereits erreicht, weil ihr die Leute zählen wollt und nicht die Wohnungen, wie es in der Gemeindeordnung festgehalten ist. Es ist interessant, dass eine Seite offensichtlich mehr bezahlbare Wohnungen schaffen will, während die andere Seite zu Buchhaltungstricks greifen und nicht die vom Volk vorgegebene Berechnungsgrundlage anwenden will. Das Volk braucht keine Taschenspielertricks, sondern bezahlbare Wohnungen. Die FDP kritisiert nur die Kommunikation von Frau Bachmann. Das ist nicht das Problem der Leute in den Sugus-Häusern. Das Problem ist, dass sie ihre Wohnungen verlieren. Nicht wir vergiessen Krokodilstränen, sondern ihr, wenn ihr auf Kantons- und Bundesebene dafür kämpft, dass solche Leerkündigungen noch einfacher möglicher werden als heute. Gleichzeitig kritisiert ihr, dass es Leerkündigungen gibt. Es braucht eine kohärente Haltung: Entweder findet man diese Leerkündigungen inakzeptabel und geht dagegen vor oder man findet diese Leerkündigungen gut, dann sollte man dazu stehen.

Samuel Balsiger (SVP): Rot-Grün ist seit dreissig Jahren in der Verantwortung in der Stadt. Sie haben im Parlament und im Stadtrat die absolute Mehrheit. Jetzt lesen wir in der Medienmitteilung und Fraktionserklärung der SP, dass sie auf etwas Revolutionäres gestossen sei. Sie entdeckte eine Botschaft für sich: «Höchste Zeit für mehr bezahlbare Wohnungen». Kurz bevor wir in die Gemeinderatswahlen gehen, ist es höchste Zeit für mehr bezahlbare Wohnungen. Dass Sie seit 30 Jahren in der Verantwortung sind, blenden Sie aus. Seit wir den Irrsinn haben, dass wir unsere Grenzen gegenüber der EU geöffnet haben und 1,5 Millionen Leute ins Land gedrängt sind, sind die Preise in der Stadt auf dem freien Markt um 43 Prozent angestiegen. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, die Sie zu verantworten haben. Wo sind die günstigen Wohnungen? Die Zahlen zeigen, dass Sie versagen. Als Gegenreaktion auf Ihr Versagen wollen Sie noch mehr Geld investieren. Sie wollen noch mehr Preistreiberin auf dem Wohnungsmarkt sein und Wohnungen aufkaufen und dem freien Markt entziehen. Wenn weiterhin 6000 Menschen pro Jahr in die Stadt drängen, dann wird die Entwicklung so weitergehen. Der Alt-Stadtrat Martin Vollenwyder hat ausgerechnet, dass das Drittelsziel 15 Milliarden Franken kosten wird. Das ist nicht bezahlbar. Sie können nicht 12 Milliarden Franken in ein unsinniges Klimaprojekt investieren, auf das sie 0,0003 Prozent Einfluss haben. Und im Wohnungsmarkt wollen Sie 15 Milliarden Franken ausgeben. Warum sind wir nicht ehrlich und sagen, dass das Hauptproblem nicht steuerbar ist, weil es die masslose Zuwanderung auf Bundesebene ist? Wenn man die masslose Zuwanderung endlich beendet, wird das Problem auch in Zürich gelöst. Sie sagten, dass das Problem bei den Sugus-Häusern nicht die Kommunikation sei, sondern dass 250 Personen die Wohnungen verlieren. Die Studie des Mieterverbands sagt, dass durch Ihre Politik 40 000 Haushalte eine Leerkündigung erhalten werden. Warum sagen Sie dazu nichts? Warum äussern Sie sich zu



250 tragischen Fällen und schweigen zu 40 000 Fällen? Das ist unehrliche Politik. Sie haben an keinem Ort Erfolg, seien es die Velowege oder die Sicherheit; alles geht bergab.

Tanja Maag (AL): Samuel Balsiger (SVP) hat in seiner Weisheit den Wahlslogan der SP durchschaut. Und ich glaube, wir haben den Wahlslogan der SVP erkannt. Geht es wohl um die Masseneinwanderung? Wenn ja, dann ist jetzt gut. Du musst das heute und morgen Abend nicht tausendmal wiederholen und die Redezeit überschreiten.

Dr. Florian Blättler (SP): Erstens kostet das am Ende keinen einzigen Steuerfranken. Zinsen, Unterhalt und Abschreibungen werden komplett durch die Mieterschaft getragen. Am Ende bleibt die Verschuldung. Sie löst sich auf oder wird kleiner, indem wir eine Teuerung haben. Es sind ein bis zwei Prozent pro Jahr. Das ist das Einzige, was am Ende übrig bleibt. Aber die gesamten Kosten sind weg. Der zweite Punkt sind steigende Mietzinsen. Sie sind weltweit in jeder wachsenden Stadt ein Problem. Es spielt keine Rolle, wo die Städte sind, sei es Amerika, Europa oder Afrika. Eine der Städte mit dem grössten Zuwachs bei den Mietpreisen ist Lagos in Nigeria. Dort herrscht definitiv kein Zuwanderungs- sondern ein rein nationales Problem. Städte haben dieses Problem. Ein Mechanismus wird das Problem nicht lösen; wir brauchen einen Strauss, um uns dem Problem annehmen zu können. Eine aktive Boden- und Immobilienpolitik ist ein wichtiger Punkt, dem wir nachgehen müssen.

Beschlüsse:

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

Antrag 001.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Florian Utz (SP): Für die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ist klar, dass die 500 offenen Stellen so schnell wie möglich besetzt werden. Wir haben bei der Polizei einen Unterbestand von rund 100 Stellen, das finden wir nicht gut. Gleichzeitig wird ein Anteil der Stellen nächstes Jahr leider nicht besetzt werden können. Die Mehrheit beantragt daher, dies im Budget durch einen Pauschalabzug von 20 Millionen Franken zu widerspiegeln. Eine Minderheit beantragt, 50 Millionen Franken abzuziehen. Das finden wir zu hoch. Es würde bedeuten, dass man die 500 Stellen nicht besetzen soll.

Martin Bürki (FDP): Es gibt viele offene Stellen. Nicht alle können besetzt werden. Anfang 2025 wird es bis zu 1000 offene Stellen geben. Darum macht ein Pauschalabzug



Sinn. Die FDP brachte das auch in den Vorjahren ein und erreichte mit den 50 Millionen Franken eine gute Punktlandung. Verschiedene Zahlen gingen herum; Ende August 2024 waren es noch über 500 offene Stellen. Bei der Lesung des Budgets fragten wir nach: Ende November 2024 waren es 262 offene Stellen. Darum ist uns klar, dass der Pauschalabzug von 50 Millionen Franken zu hoch ist. Die Minderheit 1 ändert den Betrag auf 30 Millionen Franken, was besser mit den aktuellen Zahlen übereinstimmt.

Tanja Maag (AL): *Es ist ein «Jährlich grüsst das Murmeltier» Antrag. Einzig die Zahlen ändern sich. Dieses Jahr ändert sich die Position der Grünen, die den Pauschalantrag letztes Jahr unterstützt haben und heute in der Minderheit 2 sind. Es ist eine Frage der Wahrheitssuche und der Prognose, wie viele Stellen wohl nicht oder erst mit einer Verzögerung im Folgejahr besetzt werden können. Das ist ein Blick in die Kristallkugel. Wir bleiben der Ansicht, dass die im Stellenplan hinterlegten Werte in den Dienstabteilungen budgetiert werden sollen. Für diese Stellen sollen die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.*

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): *Der letzte Satz des AL-Votums hat mich überrascht. Die Stellen bleiben in den Dienstabteilungen budgetiert. Darum ist es ein Pauschalabzug in der Gesamtverwaltung für die Stellen, die technisch nicht besetzt werden können. Wir von der GLP sagten immer, dass wir uns die Grössenordnung von 20 bis 30 Millionen Franken vorstellen können. Die FDP ist runtergegangen, daher wechseln wir zu den 30 Millionen Franken.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat erachtet das Instrument des Pauschalabzugs als etwas Zufälliges. Es gehört zum System eines Budgets, dass wir alles, das möglicherweise kommen kann, einstellen. Wieso machen Sie das nicht an einem anderen Ort? Jahrelang hat der Gemeinderat das nicht gemacht und wir waren froh darum. Wir sind aber froh, dass wir nicht eine Diskussion wie im Kantonsrat haben. Wir erachten den Abzug von 20 Millionen Franken als vertretbar, weshalb ich mich bereits letztes Jahr nicht gross dagegen gewehrt habe. Im Sommer 2024 waren es noch über 500 unbesetzte Stellen, jetzt sind es 300. Das zeigt, wie schnell es gehen kann. Wir haben das eingestellt, was besetzt werden soll. Keine Stelle wird auf Vorrat besetzt. Deshalb hält der Stadtrat grundsätzlich am Budgetbetrag fest, kann aber mit dem Pauschalabzug leben.*

S. 135	10 1060 3010 00 203	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug nicht besetzte Stellen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat				0 Minderheit 2	Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)



20 000 000	-20 000 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Barbara Wiesmann (SP)
30 000 000	-30 000 000	Minderheit 1	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
Begründung: Mehrheit: Offene Stellen sollen nach Möglichkeit besetzt werden; gleichwohl ist absehbar, dass die Ausgaben um mindestens 20 Millionen Franken unter den budgetierten Werten liegen. Minderheit 1: Per 30.11.2024 gibt es 262 unbesetzte Stellen. Im Budget 2025 sollen 707 neue Stellen geschaffen werden. Die hohe Anzahl unbesetzter Stellen per Jahresanfang 2025 gibt Raum für einen Pauschalabzug von 30 Millionen Franken.			

Martin Bürki (FDP) beantragt für den Antrag der Minderheit 1 neu eine Kürzung um 30 000 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	(0)	25 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-20 000 000)	37 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-30 000 000)	<u>56 Stimmen</u>
Total		118 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 63 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 002. bis 006. (Postulat GR Nr. 2024/539)

Sven Sobernheim (GLP) begründet den Antrag der Mehrheit, zieht diesen zurück und begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4002/2024): Mit der Änderung des



Personalrechts wollte der Gemeinderat die zentralen und dezentralen Fringe Benefits vereinheitlichen. Die Idee war, dass alle städtischen Angestellten gleich behandelt werden und die gleichen Leistungen oder zumindest den gleichen Wert und Umfang erhalten sollen. Der Wunsch der Mehrheit war es, dass diese Zentralisierung im Budget dargestellt wird. Im letzten Moment hat der Stadtrat interveniert und wir haben eingesehen, dass die zentrale Budgetierung dieser Werte nicht möglich ist – aus rechtlichen Gründen und weil es zu einem grösseren Umbuchungsproblem führen würde. Wir ziehen die Anträge daher zurück. Das Postulat halten wir aufrecht, da es das Problem transparent machen will. Uns ist noch immer nicht klar, wie die zentralen Fringe Benefits in den Dienstabteilungen so unterschiedlich gelebt werden können. Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) hat die Annahme getroffen, dass 50 Prozent das Velo nehmen und 50 Prozent Reka-Rail-Checks. Die Lunch-Checks sind auf dem Konto 3042 00 000, die Velos auf dem Konto 3099 00 000 und die Reka-Rail-Checks auf dem Konto 3049 00 000. Die einen Sachen müssen versteuert werden, die anderen nicht. Es lief ein wenig chaotisch und wird sich hoffentlich im nächsten Jahr bereinigen. Das Schulamt ging davon aus, dass alle Reka-Rail-Checks nehmen und hat alles auf dem Konto 3099 00 000 verbucht. Wir haben weitere zentrale Fringe Benefits: Neben dem Mobilitätsbeitrag und der Verpflegung hat der Stadtrat die Möglichkeit, bei Kultur- und Sportveranstaltungen zentral einen reduzierten Eintritt für städtische Angestellte zu gewähren. Merken Sie sich das: Es ist ein zentraler Fringe Benefit. Daneben haben wir auch dezentrale Fringe Benefits. Jedes Departement oder jede Dienstabteilung kann selbst entscheiden, wie sie das machen. Ein paar dieser Verordnungen haben wir publiziert gesehen. Letzte Woche war es das Schul- und Sportdepartement (SSD). Wie erwartet, reduziert es den Eintritt für seine Sportanlagen. Die dezentralen Fringe Benefits könnte man für günstigere Medikamente für städtische Angestellte im Stadtspital, für den Skitag des Elektrizitätswerks (ewz) im Bündnerland oder, wenn man keine andere Idee hat, für den Eintritt in den Zoo Zürich nutzen. Es kam anders, als es der Stadtrat angekündigt hatte. Im Departement der Industriellen Betriebe (DIB) oder im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) haben wir beispielsweise Sportabonnemente. Mit den dezentralen Fringe Benefits sollen also Sportabos ermöglicht werden, was eigentlich bereits ein zentraler Fringe Benefit wäre. Im ewz erhalten die Mitarbeitenden Multi-Brand-Gutscheine im Wert von 150 Franken. Ich hoffe sehr, dass das Postulat eine Mehrheit findet. Wir brauchen eine Übersicht, was mit den zentralen und dezentralen Fringe Benefits läuft. Mein Bauchgefühl ist, dass 80 Prozent der städtischen Angestellten 150 Franken ausbezahlt erhalten, sei es als Lohnbestandteil, als Galaxus-Gutschein oder als Sportabo. Wir sind erst am Anfang von diesem Prozess und es ist offensichtlich, dass Chaos herrscht. Dass es Bereinigungsbedarf gibt, sieht man daran, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Ich habe volles Verständnis dafür, dass die RPK und das Gesamtparlament wissen wollen, wie das neue Instrument umgesetzt wird. Das Chaos war wohl mehr in den Köpfen der GLP, wie man zu dieser Transparenz kommt. Es nützt nichts,*



wenn du wissen willst, was dezentral läuft, es aber zentral budgetieren willst. Damit hat das nichts zu tun. Wir sind gerne bereit, einen Bericht abzuliefern. Ich bin selbst etwas gespannt, wie das umgesetzt wird. Aber ein Zusammentragen von etwas, das teilweise immer dezentral budgetiert wurde, schafft keine Transparenz. Ich bin etwas erschüttert, dass einem so erfahrenen RPK-Politiker nicht klar ist, dass das nicht das Mittel ist, um Transparenz zu schaffen. Das sagt etwas über die Kosten, aber nicht über die Verwendung aus. Ich wehre mich dagegen, dass wir im letzten Moment informiert hätten. Von Anfang an haben wir gesagt, dass das nicht der richtige Weg ist. Man nahm willkürlich etwas, das auf einzelnen Konten der Dienstabteilungen budgetiert wird und nicht mit den Lohnmassnahmen verglichen werden kann. Der Weg des Postulats ist der richtige. Wir werden Bericht erstatten, allenfalls mit Schlussfolgerungen, wenn Anpassungen nötig sind. Dann werden wir mit der RPK diskutieren können. Etwas zusammenzufassen, das sonst nirgendwo gemacht wird und den Vorgaben des Kantons widerspricht, ist nicht der richtige Weg. Ich bin froh, dass die vier Anträge zurückgezogen werden.

S. 135	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1060	Gesamtverwaltung				
	3049 00 000	Übrige Zulagen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat				3 641 700	Minderheit
				1 000 000	4 641 700	Mehrheit

Begründung: Die zentralen Fringe Benefits sollen zentral budgetiert werden.

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.



Antrag 003.

Wortmeldungen siehe Antrag 002.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3049 00 000	Übrige Zulagen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
003.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
		573 500		Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Begründung: Die zentralen Fringe Benefits sollen zentral budgetiert werden.

3049 00 000 Übrige Zulagen					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2080	Organisation und Informatik	970 500	0	70 500	900 000
2520	Stadtpolizei	7 595 800	0	100 000	7 495 800
2550	Schutz & Rettung	4 028 100	0	45 000	3 983 100
3535	Entsorgung + Recycling, Abwasser	711 400	0	62 000	649 400
3550	Entsorgung + Recycling, Abfall	898 600	0	70 000	828 600
3560	Entsorgung + Recycling, Stadtreinigung	998 800	0	76 000	922 800
5550	Soziale Dienste	530 000	0	150 000	380 000
	Total	15 733 200	0	573 500	15 159 700

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.



Antrag 004.

Wortmeldungen siehe Antrag 002.

S. 135	10 1060 3099 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Übriger Personalaufwand				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat				1 150 000	Minderheit
				8 500 000	9 650 000	Mehrheit

Begründung: Die zentralen Fringe Benefits sollen zentral budgetiert werden.

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

Antrag 005.

Wortmeldungen siehe Antrag 002.

S. -	10 3099 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Übriger Personalaufwand				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
005.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag			Minderheit

Felix Moser (Grüne)
Referat, Markus Haselbach
(Die Mitte), Johann Widmer
(SVP)



4 647 000

Mehrheit

Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Begründung: Die zentralen Fringe Benefits sollen zentral budgetiert werden.

3099 00 000 Übriger Personalaufwand					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2050	Human Resources Management	548 700	0	81 000	467 700
2520	Stadtpolizei	1 957 400	0	1 000 000	957 400
2550	Schutz & Rettung	975 900	0	403 000	572 900
3515	Tiefbauamt	520 900	0	220 000	300 900
5010	Schulamt	4 830 200	0	2 175 000	2 655 200
5550	Soziale Dienste	705 000	0	450 000	255 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	682 400	0	318 000	364 400
	Total	10 220 500	0	4 647 000	5 573 500

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

Antrag 007.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): Ein besonders grosses Problem mit unbesetzten Stellen haben wir in den Bereichen mit Schichtarbeit. Das sind insbesondere die Polizei, die Verkehrsbetriebe (VBZ) und Pflegestellen in den Spitälern und Alterszentren, wo es nicht einfach ist, Personal zu rekrutieren. Gerade Angestellte in Schichtarbeit leisten oft eine schwierige und gleichzeitig sehr wichtige Arbeit für unsere Stadt. Eine Minderheit ist der Meinung, dass diese Arbeit honoriert werden soll, was auch die Rekrutierung ein Stück weit erleichtern würde. Den Antrag haben wir bewusst auf die tiefen bis mittleren Funktionsstufen 1 bis 11 eingeschränkt. Hintergrund ist die Ferienregelung. Angestellte in den Funktionsstufen 1 bis 11 haben inklusive Betriebsferien 5,2 Wochen Ferien, wohingegen höhere Funktionsstufen 6,2 Wochen Ferien haben. Vor diesem Hintergrund erachten wir es als angemessen, Schichtarbeitende in tiefen bis mittleren Funktionsstufen mit einer Einmalzulage von 1000 Franken für ihre Arbeit zu honorieren.



Martin Bürki (FDP): Das Personalreglement der Stadt, in dem die Löhne festgelegt sind, ist grosszügig bemessen. Personen mit Schichtarbeit werden darin bereits entsprechend entlohnt. Eine zusätzliche Bevorzugung dieser Personen schafft andere Ungleichheiten. Was ist mit Personen mit sehr schwerer körperlicher Arbeit? Im Projekt «Hinter den Kulissen» konnten wir Kanäle reinigen, danach schmerzten unsere Rücken. Zudem ist unklar, ob bei diesem Antrag die richtigen Konten verwendet wurden.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Wir beurteilen den Vorstoss politisch anders. Was die Ratslinke vorhat, ist nicht korrekt und widerspricht dem Personalreglement. Ihr suggeriert zudem, dass die Stadt ihre Leute nicht korrekt bezahle. Wir haben klare Regeln, wie Schichtarbeit bezahlt wird. Nun sollen es 1000 Franken mehr sein. Das ist nicht gut. Man kann es aber gut erklären: Das ist Stimmenkauf für die nächsten Erneuerungswahlen. Solche Anträge werden zunehmen, und da die Schuldenbremse angesichts der Mehrheitsverhältnisse nicht greift, werden sie auch durchkommen.

Felix Moser (Grüne): Dieser Antrag hat uns herausgefordert. Nicht inhaltlich, denn wir sind grundsätzlich der Meinung, dass das städtische Personal gut entlohnt werden soll – erst recht für spezielle und anspruchsvolle Aufgaben wie die Schichtarbeit. Auch sehen wir, dass es in einigen Dienstabteilungen Probleme gibt. Im Grundsatz ist das alles schon im Personalreglement geregelt. Eine Einmalzulage löst das Problem nicht. Dafür braucht es andere Massnahmen. Wenn es am Geld liegt, wäre eine generelle Lohnerhöhung angebracht; wenn es an der Belastung liegt, eine andere Organisation des Arbeitsumfelds oder der Arbeitszeiten. Auch den zweiten Teil der Begründung können wir nicht nachvollziehen. Ab der Funktionsstufe 12 hat man zwar eine zusätzliche Woche Ferien, man kann aber nicht alle Überstunden verrechnen, womit sich das ausgleicht. Es ist uns nicht ganz recht, weil das Personalreglement das regelt, andererseits sehen wir den Bedarf. Wir werden den Antrag unterstützen. Eine generelle Lösung wäre aber viel besser.

Tanja Maag (AL): Die rund 5000 Angestellten in Schichtarbeit am Stadtpital Zürich, in den Gesundheitszentren für das Alter, bei der Stadtpolizei, bei Schutz & Rettung, bei den Städtischen Gesundheitsdiensten, beim Umwelt- und Gesundheitsschutz, bei Entsorgung + Recycling Zürich, beim Elektrizitätswerk, bei den VBZ und den Sozialen Einrichtungen und Betrieben sind systemrelevant und unverzichtbar. Ihrer Arbeit, ihrem Engagement und ihrer Bereitschaft, durch Schichtarbeit auf einiges zu verzichten, gebührt höchster Respekt und Wertschätzung. Für die Arbeit aller Angestellten der Stadt gewichtet die AL die Wirkung substanzieller Verbesserungen der Arbeitsbedingungen höher als die Verteilung von Einmalzulagen. Die strukturellen Verbesserungen sind längerfristig wirksamer. Darum haben wir eine Parlamentarische Initiative (PI) zur Erhöhung des Mindestanspruchs der Ferien von vier auf fünf Wochen eingereicht. Davon profitieren die Angestellten in den unteren Funktionsstufen. Eine Einmalzulage ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Wir könnten sie jedes Jahr sprechen, aber das ist nicht Sinn der Sache. Wir schätzen alle Arbeitsleistungen und wollen grundlegend etwas ändern. Wir



15 / 21

wollen keine Versprechen machen, deren Umsetzung wir nicht beeinflussen können. Der aktuelle Stand ist, dass es eine rechtliche Basis für die Einmalzulage braucht. Wir als Parlament können den Antrag zwar stellen, aber wir können nicht garantieren, dass das Anliegen umgesetzt wird. Darum lehnen wir die Einmalzulage ab.

Markus Haselbach (Die Mitte): Wir hörten, dass die vielen Schichtarbeitenden im Prinzip nicht so angenehme Arbeitsplätze und keine guten Bedingungen haben. Man findet fast keine Leute. Wir denken, dass prinzipiell etwas verändert werden muss. Es braucht Arbeitsbedingungen, unter denen man Personal findet, das entsprechend bezahlt wird und genügend Ferien zugesprochen erhält. Wir sind der Meinung, dass das Problem nicht mit einer Einmalzulage von 1000 Franken gelöst werden kann, wenn die nicht so attraktiven Bedingungen bestehen bleiben. Zusätzlich finden wir die Beschränkung auf Schichtarbeitende einseitig. Es gibt viele Bereiche ohne Schichtarbeit, in denen draussen bei jedem Wetter oder unter dem Boden sehr harte Arbeit geleistet wird.

Sven Sobernheim (GLP): Im November 2024 haben wir der Fristverlängerung für die Motion zur Einführung der 35-Stunden-Woche für städtische Angestellte im Schichtbetrieb zugestimmt. Letzte Woche haben Sie eine PI für 5 Wochen Ferien für alle städtischen Angestellten eingereicht. Jetzt diskutieren wir über eine Einmalzulage für alle städtischen Angestellten im Schichtbetrieb. Ich habe langsam den Verdacht, dass Sie jedes halbe Jahr eine Idee brauchen, was wir im Personalrecht noch ändern können. Es wirkt nicht strukturiert und aufeinander abgestimmt. Sollen wir beim Pilotprojekt für die 35-Stunden-Woche die fünfte Ferienwoche und Einmalzulage noch nicht einführen, damit das Resultat nicht verfälscht wird? Oder soll die Einmalzulage zum Pilotprojekt hinzukommen, aber die fünfte Woche Ferien nicht? Oder soll das Pilotprojekt hinausgeschoben werden, um zuerst die Einmalzulage und die fünfte Ferienwoche einzuführen?

Florian Utz (SP): Ich bin ein wenig über das Votum der AL überrascht, das suggeriert, dass sich langfristige strukturelle Verbesserungen und kurzfristige Sofortmassnahmen gegenseitig ausschliessen würden. Das ist nicht der Fall. Sprechen Sie mit dem Pflegepersonal und mit den VBZ-Angestellten und fragen Sie, ob sie strukturelle Verbesserungen und eine Sofortmassnahme wollen oder ob sie nur strukturelle Verbesserungen, aber keine Sofortmassnahmen wollen. Die Antwort wird eindeutig sein.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Sven Sobernheim (GLP) will Klärung und ich bringe sie. Der Stadtrat wartet seit zwei Jahren auf die Umsetzung dieses Pilotprojekts und beantragte zuletzt nochmals eine Verlängerung um ein Jahr. Selbstverständlich kann man beides haben. Das ist eine der grundlegendsten Fragen des 20. Jahrhunderts: Wie werden wir unsere Arbeitszeit umgestalten? Die Stadt sollte sich als eine der grössten Arbeitgeberinnen Gedanken darüber machen. Deshalb fordern wir beides.



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Ich bin sehr froh, dass dieser populistische Antrag keine Mehrheit findet. Er verstösst gegen die Lohngleichheit. Die Mehrbelastung, die sich durch eine Tätigkeit ergibt, wird im städtischen Lohnsystem grundsätzlich berücksichtigt. Wenn Anforderungen steigen, wie wir es bei der Pflege gesehen haben, dann wird das geprüft und angepasst. Das kommt in den verschiedenen Branchen immer wieder vor. Es gibt keinen Grund, einer Gruppe einseitig etwas auszuzahlen. Im Vorfeld gab es Vergleiche mit Corona. Damals hatte man aber aussergewöhnliche Situationen und Anforderungen in der Pflege. Man muss strukturell vorgehen. Wenn schon, dann müsste die SP das für alle verlangen und nicht nur für eine Gruppe. Im Fokus sind die Funktionsstufen 1–11, obwohl die anderen bis zu 42 Überstunden pro Jahr abschreiben lassen müssen.*

S. 135	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1060	Gesamtverwaltung				
	3049 00 000	Übrige Zulagen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
007.	Antrag Stadtrat				3 641 700	Mehrheit
						Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Pärparim Avdijii (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
				5 015 000	8 656 700	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Barbara Wiesmann (SP)
						Enthaltung Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Einmalzulage von Fr. 1000 für das städtische Personal mit Schichtarbeit in den Funktionsstufen 1 bis 11 (soweit erforderlich nach Schaffung einer entsprechenden Rechtsgrundlage)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 008. bis 010. (Postulat GR Nr. 2024/541)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Yves Henz (Grüne) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4004/2024): *Die Stadtzürcher und Schweizer Geschichte hat tiefe Verbindungen zur Kolonialisierung weiter Teile der Welt und damit zu massiver damit einhergehender Gewalt, auch wenn dies von vielen immer noch verleugnet wird. Das kann man speziell an der indigenen Gruppe der Kawésqar aufzeigen. Ihnen wurde unglaubliche Gewalt angetan und ihr Land weggenommen. Ihre Lebensweise wird ihnen dadurch bis heute verunmöglicht. Elf dieser Volksgruppe wurden in den Völkerschauen in Europa vorgeführt – eine rassistische Brutalität. Fünf von ihnen starben in Zürich. Man könnte sagen, sie wurden auf eine Art ermordet. Ihre Körper wurden erst im Jahr 2010 restituiert; auf eine Art, die die Kawésqar als respektlos empfanden. Was den Kawésqar angetan wurde, ist unbeschreiblich. Die Zürcher Bourgeoisie trägt unbestritten eine grosse Schuld. Sogar die NZZ anerkennt diese historische Ungerechtigkeit. Die Stadt hat eine historische Pflicht gegenüber den Kawésqar. Jetzt sind sie auf Zürich zugekommen und haben um eine Zusammenarbeit gebeten, die Stadt solle sie solidarisch unterstützen. Ich schliesse mit den Worten des Präsidenten der Pueblo Kawésqar Foundation: «Collaboration is key, and the city of Zurich is invited to support this relevant initiative, for these indigenous communities are deeply linked with Zurich, especially the Kawésqar. The future is here and the Kawésqar people will be back in Zurich working from 2025 to 2030 on a historical project dedicated to education and empowering the people and enrich our culture and society.» Es ist keine Wiedergutmachung und es ist kein Vergessen. Das können wir uns nicht leisten, und es steht in keinem Verhältnis zur widerfahrenen Ungerechtigkeit. Es ist ein erster Schritt zur gemeinsamen Dekolonialisierung.*

Markus Haselbach (Die Mitte): *Die Stadt hat sich geäussert, dass sie sich dieser traurigen Geschichte bewusst ist. Es gab kürzlich Gespräche zwischen dem Präsidialdepartement (PRD) und Francisco González Alvarez, dem Präsidenten der Fundación Pueblo Kawésqar, der offiziellen Vertretung dieser indigenen Gruppe. Bei diesem Austausch ging es darum, was die Vereinigung plant. Das PRD wies darauf hin, dass die Stadt aktuell die Strategie «Erinnerungskultur» erarbeitet und abwarten will, bis diese Ende 2025 vorliegt. Allfällige finanzielle Mittel wären darum erst im Jahr 2026 zu budgetieren.*

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Das ist wieder eine Geschichtslektion der Grünen. Das ist ein typischer Fall, ein Vorpreschen, bei dem man das Gefühl hat, das etwas Gutes getan wird, obwohl der Stadtrat aktuell eine Gesamtstrategie erarbeitet, was immer zu begrüßen ist. Es kann nicht angehen, dass jedes Klübchen auf der Welt, das das Gefühl hat, dass die*



reiche Stadt Zürich etwas bezahlen soll, zum Handkuss kommt. Zuerst sollten wir für unsere eigenen Leute schauen, bevor wir dahergelaufene Klübchen bedienen.

Weitere Wortmeldungen:

Pärparim Avdili (FDP): *Wir waren noch in der Enthaltung, weil wir erst abklären wollten, was dahintersteckt. Niemand bestreitet die historischen Tatsachen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es kein zusätzliches Engagement der Stadt braucht. Zudem müsste ein solcher Vorstoss ausserhalb des Budgets erfolgen. Wir verstehen nicht, warum das Anliegen als Antrag im Budget kommt, zumal es keine bestehenden Kosten oder Ausgaben betrifft, sondern etwas Neues.*

Leah Heuri (SP): *Die tragische Geschichte der Kawésqar und die Verstrickungen der Stadt in die Kolonialverbrechen des 19. Jahrhunderts erfordern eine klare Verantwortung und Solidarität. Mit der Annahme des Postulats wird ein starkes Zeichen für Gerechtigkeit, Erinnerungskultur und internationale Solidarität gesetzt, daher sind wir dafür. Es ist ein wichtiger Schritt, um Verantwortung für das eigene koloniale Erbe anzugehen.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Die GLP positioniert sich im Zusammenhang mit unserem historisch verankerten Umgang mit Menschen, die wir in Abgrenzung zu weissen Europäern als fremd betrachtet haben, immer so, dass zwingend mehr Wissen zur Verfügung gestellt werden soll. Eine wissensbasierte Auseinandersetzung mit unbequemen Themen hilft uns, diskriminierende Strukturen zu erkennen. Wie im vorliegenden Beispiel, wo am Ende des 19. Jahrhunderts in einer selbsternannten aufgeklärten Gesellschaft das Menschsein offenbar nicht ausreichte, um ein Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zu erhalten. Wir sind überzeugt, dass uns mehr Wissen einen neuen Blick in die Vergangenheit ermöglicht. Mehr Wissen hilft uns auch, weiterhin bestehende Macht-Asymmetrien zu erkennen und sich kritisch damit auseinanderzusetzen. Von Klübchen zu sprechen und zu sagen, dass man nicht dramatisch tun sollte, halte ich nicht für angemessen. Das Postulat unterstützt die GLP sehr gerne. Die Begründung, weshalb wir bei den beiden Anträgen in der Minderheit sind, ist daher keine inhaltliche. Die Antworten zeigten, dass aktuell eine Strategie in Bearbeitung ist. Wir glauben deshalb, dass eine fundierte und strategisch geplante Umsetzung von diesem berechtigten Anliegen, basierend auf dieser Erinnerungskulturstrategie, eine langfristige und nachhaltigere Wirkung als eine vorschnelle Aktion erzielen kann. So traurig das Kapitel auch ist, es scheint uns wichtig, dass es in ein Gesamtbild eingebettet wird, das unsere vielfältigen kolonialen Verstrickungen beleuchten kann. Wir teilen deshalb die Ansicht des Stadtrats, dass die Gelder erst nach Vorliegen der Strategie gesprochen werden sollen.*

Sophie Blaser (AL): *Die Kawésqar als dahergelaufene Gruppe zu bezeichnen, ist der Tiefpunkt dieser Budgetdebatte. Sie sind keinesfalls dahergelaufen, sie wurden gegen ihren Willen verschleppt, entführt und zur Schau gestellt. Sie wurden entmenschlicht*



und sind an diesen Folgen gestorben. Dass sich die Kawésqar überhaupt in Zürich befanden, hat nichts mit Freiwilligkeit zu tun und ist alles andere als dahergelaufen. Përparim Avdili (FDP) will ich daran erinnern, dass Sie im Schul- und Sportdepartement (SSD) sieben Anträge gestellt haben, die sich auf eine kantonale Initiative abstützen, die eine allgemeine Anregung ist und noch keine rechtliche Grundlage bietet. Das ist Ihre Vorgehensweise, während Sie hier sagen, dass das zu grundlegend sei, um in einer Budgetdebatte besprochen zu werden. Wir sprechen von 100 000 Franken – ein lächerlicher Betrag in Anbetracht der widerfahrenen Ungerechtigkeit. Die Voten zeigen, wie viel noch nötig ist, bis die und der Hinterletzte verstanden haben, was das bedeutet. Vielleicht passt es Ihnen nicht, dass Ihnen die Verantwortung und vergangene Verbrechen in Erinnerung gerufen werden. Das stört wahrscheinlich das schöne Image von Zürich. Es ist an der Zeit, das aufzuarbeiten. Ich verstehe nicht, warum wir bis zum Jahr 2026 warten sollten. Ihre Politik ist traurig. Sie verschliessen die Augen vor diesen Verbrechen.

Johann Widmer (SVP): Wir schreiben das Jahr 2024 und ihr bringt Dinge aus dem 19. Jahrhundert. Ungerechtigkeiten, ohne Zweifel. Weshalb soll ausgerechnet Zürich für Dinge, die im 19. Jahrhundert passiert sind – in einer ganz anderen Zeit, die historisch anders betrachtet und beurteilt werden muss – irgendjemandem irgendetwas geben? Es sind noch mehr Ungerechtigkeiten passiert. Wir haben einen Gotthardtunnel gebaut. Hunderte Schweizer und Italiener sind dabei umgekommen. Ihnen müsste auch etwas gegeben werden. Im 19. Jahrhundert ging ein Zürcher Missionar nach Afrika und hat dort sein Unwesen getrieben. Auch dort sind im Namen der Christianisierung Ungerechtigkeiten passiert. Auch denen müsste man etwas geben. Die Liste könnte unendlich weitergeführt werden. Ich sehe nicht ein, weshalb das nötig oder angebracht sein sollte.

Përparim Avdili (FDP): Ich habe gesagt, dass niemand seitens der FDP die geschichtliche Auseinandersetzung bestreitet. Das ist aber purer linker moralischer Populismus. Es ist ein sehr wichtiges Thema für euch, aber ihr sucht euch das Budget aus, um das in einer Nebensächlichkeit zu behandeln. Und es seien ja nur 100 000 Franken. Ihr glaubt tatsächlich, dass man mit Geld jedes Problem lösen kann. Die FDP sagt nicht wegen des Geldes Nein. Ihr habt seit längerem die parlamentarische Mehrheit. Man hätte frühzeitig mit einem Vorstoss kommen und diesen ernsthaft ausarbeiten können. Mit einer Schriftlichen Anfrage hätte man im Voraus verstehen können, was bereits geschieht. Das Vorgehen ist lächerlich, somit nehmt ihr die ganze Sache offenbar nicht ernst.

Stefan Urech (SVP): Nicht die Gräueltaten, ihr habt uns zum Lachen gebracht: Weisse linke an Universitäten radikalisierte «woke» Studenten, die sich ihr Gewissen mit einem Budgetantrag freikaufen und die Geschichte schönschreiben wollen, indem sie hier ihren Antrag stellen. Süffisant wollt ihr dabei die FDP und uns mitschuldig machen, die nichts mit dieser Geschichte zu tun haben; weil wir bürgerlich und bourgeois seien.

Karin Weyermann (Die Mitte): Wir lehnen die Budgetanträge ab, weil wir der Meinung sind, dass nicht etwas ins Budget eingestellt werden soll, ohne dass es abgeklärt wurde. Wir sind nicht bereit, noch mehr und mehr Geld in das Budget zu stellen. Das schliesst



nicht aus, dass wir das Postulat als solches unterstützen. Wir finden es wichtig, dass das geprüft wird. Ich will festhalten, dass es nicht sein darf, dass ein symbolischer Budgetantrag gestellt wird, damit ein Postulat schneller behandelt wird. Sonst werden wir zukünftig den ganzen Dezember lang solche Postulate behandeln müssen.

Yves Henz (Grüne): *Dieser Vorstoss wurde zusammen mit der Pueblo Kawésqar Foundation ausgearbeitet. Es ist also kein linker weisser Vorstoss. Es ist eine Zusammenarbeit und was sie sich wünschen: Dass wir die koloniale Kontinuität gemeinsam hinterfragen. Manche Voten können im besten Fall als despektierlich bezeichnet werden. Mitschuldig sind wir als Gesamtgesellschaft. Mitschuldig macht ihr euch nicht, weil ihr bürgerlich seid, sondern weil ihr das ablehnt und gegen die Aufarbeitung seid. Ihr macht euch mitschuldig, weil ihr die historische Ungerechtigkeit nicht richtig anerkennt und weil ihr denen keine Stimme gebt, deren Stimme gestohlen wurde. Meine linken Mitstreiter*innen zeigen erneut, dass Fortschritt und Dekolonialisierung erkämpft werden müssen.*

S. 143	15 1500 3130 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidialdepartement Departementssekretariat Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
008.	Antrag Stadtrat				181 000	Minderheit
				50 000	231 000	Mehrheit
						Enthaltung
		Begründung:	Unterstützung Fundación Pueblo Kawésqar im Rahmen der Erinnerungskultur und Versöhnung			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



21 / 21

Antrag 009.

Wortmeldungen siehe Antrag 008.

S. 143	15 1500 3132 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Präsidentialdepartement Departementssekretariat Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
009.	Antrag Stadtrat				1 021 000	Minderheit
				50 000	1 071 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Vizepräsidentium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP)
		Begründung:	Unterstützung Fundación Pueblo Kawésqar im Rahmen der Erinnerungskultur und Versöhnung			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidentium

Sekretariat